

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber u. verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

Wien, am Montag, den 22. Dezember 1924.

WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 22. Dezember 1924

(Fortsetzung der Budgetdebatte)

Bürgermeister Seitz eröffnet um 10 Uhr vormittags die Sitzung und hält dem gestern verstorbenen Gemeinderat Anton D a v i d folgenden Nachruf:

Abermals mussten wir die Trauerfahne auf den Türmen des Rathauses hissen. In der Nacht vom Samstag auf Sonntag ist der Gemeinderat Anton David im 76ten Jahre seines Lebens voller harter Arbeit und unermüdlichen Schaffens aus dem Leben geschieden. David wurde im Jahre 1849 in Prag-Smichow geboren, im Jahre 1869 war er bereits in Wien und trat schon in das öffentliche Leben ein. Seit dieser Zeit wirkte David nach seinen Grundsätzen und im Sinne seines Programms und er war wohl einer der besten Vorkämpfer seiner Klasse. Im Jahre 1907 wurde er in den damaligen Reichsrat des alten Oesterreichs gewählt dem er bis über den Umsturz angehört hat. Im Jahre 1919 war er der Alterspräsident der Nationalversammlung, aber auch mit Gemeindepolitik befasste sich David eingehend und er war der erste der aus dem dritten Wahlkörper als Sozialdemokrat im Bezirk Ottakring gewählt wurde und es war ganz selbstverständlich, dass als der neue Stadtrat gebildet wurde, er als Vertreter seiner Partei auch in diese Körperschaft kam, der er bis zu ihrer Umgestaltung angehört hat. Sein rastloses Wirken auf dem Gebiete der Approvisionierung und insbesondere auf dem der Fleischversorgung Wiens ist in frischer Erinnerung. Der Verstorbene betätigte sich auch eifrig als Mitglied des Ausschusses der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien. In dieser langen Reihe von Jahren öffentlicher Tätigkeit sehen wir immer diesen wissensdurstigen und beweglichen Geist, diesen energischen/^{konorrigen} Menschen von unermüdlicher Kraft und Zähigkeit in der Vertretung seiner Ansichten. Trotzdem verband er damit ein mildes und konziliantes Wesen, (obdessen er bei seinen Gegnern wie bei seinen Freunden allgemein beliebt war. Der Wiener Gemeinderat hat den Verstorbenen in Würdigung der grossen Verdienste die er sich um die Stadt erworben hat im Mai dieses Jahres einstimmig zum Bürger der Stadt Wien ernannt. Seinen Freunden baute er in Ottokring ein Heim, ein Arbeiterheim, dass er vor allem der Bildung gewidmet wissen wollte, ein Heim in dem sich die Arbeiter zusammenfinden sollen in ihren freien Stunden und wo sie es schöner haben sollten als in ihrer Armut zuhause. In diesem Heim hat er als der leitende, aber auch immer als der gute Geist gewirkt, dort lernte man den Menschen David, den lieben, treuen unermüdlichen Mann so recht kennen. Ich glaube in ihrem Sinne zu sprechen wenn ich sage: Wir, die Stadt Wien überhaupt wird Anton David ein ehrendes Andenken bewahren. Sie haben sich zum/Trauer von den Sitzen erhoben und ich werde diese Kundgebung dem amtlichen Protokoll einverleiben.

Der sozialdemokratische Gemeinderatsklub hatte den Platz des verstorbenen Gemeinderat mit einem Lorbeerkranz mit roter Schleife geschmückt.

Hierauf wird die Spezialdebatte über den Voranschlag 1925 fortgesetzt.

St.R. Siegel referiert über die Verwaltungsgruppe Technische Angelegenheiten, er verweist darauf, dass von dem gesamten Erfordernisse von 4 Billionen eine Summe von 1.788 Billionen in dieser Gruppe zur Verwendung gelangt, dass sind 42 Prozent des Gesamterfordernisses. Aus dieser Summe geht wohl die wichtige Tätigkeit auf diesem Gebiete hervor. Der Referent erklärt, dass auch im heurigen Jahre die Instandsetzung der öffentlichen Denkmäler und Brunnen fortgesetzt werden wird, es ist hierfür ein Betrag von 832 Millionen vorgesehen. Eine Reihe von Rubriken stellen zusammengefasst die verschiedenen Betriebe dar, das Granitwerk Mauthausen, das Kalk- und Schotterwerk ^{der} in/Hinterbrühl, das Ziegelwerk in Oberlaa und der Betrieb für Baustoffbeschaffung selbst. Von der letzteren Stelle sind insgesamt 873.000 Tonnen Baugut zu beschaffen, darunter 350.000 Tonnen Schotter, 400.000 Tonnen Ziegel, 350.000 Tonnen Eisen 100.000 Tonnen Zement, 7000 Tonnen Gips und Schlackenstein, 500 Tonnen Glas, 800 Tonnen Installationsmaterial. Das Kalkwerk in der Hinterbrühl, das bald seinem Ende entgegengeht, weil die Ausbeute erschöpft sein wird, wird 6000 Tonnen Weisskalk und 2000 Kubikmeter Schotter erzeugen. Das Ziegelwerk Oberlaa wurde modern ausgestaltet und wird im kommenden Jahre neun Millionen Stück Mauerziegel liefern. Das Granitwerk Mauthausen, das auch neue masschinelle Anlagen erhält, wird rund eine Million Stück Steine vom Würfelgewicht ergeben. Der Referent verweist auf die fortschreitende Automobilisierung des städtischen Fuhrwerkbetriebes, insbesondere auf dem Gebiete der Strassenreinigung und der Kehrichtabfuhr und bemerkt, dass das Colonia-System ungefähr Mitte 1926 in allen Wiener Bezirken eingeführt sein wird. Beim Betrieb „Bäder“ ist besonders auf den Monumentalbau im X. Bezirke hinzuweisen, von dessen Grösse man sich eine Vorstellung machen kann wenn man feststellt, dass der Wasserverbrauch 40 Sekundenliter darstellt und die Länge der Rohre 30 Kilometer betragen wird. Die übrigen Bäder werdenentsprechend ausgestaltet, in einigen sind auch schon Radio- Empfangstationen eingebaut worden. Für Strassenerhaltung und Strassenbauten sind 139 Milliarden vorgesehen, wir wollen trachten die Schäden des Krieges vollens gut zu machen und hoffen, dass im kommenden Jahre endlich alle Wiener Strassen hergestellt sein werden. Zum Kapitel Öffentliche Beleuchtung ist zu sagen, dass der Nachtstrom aus dem Opponitzer Wasserkraftwerk zur Beleuchtung in vielen Strassenzügen Verwendung finden wird. Dadurch werden viele Armaturen der jetzigen Gasbeleuchtung überflüssig und es wird möglich sein, in vielen Nebengassen die Gasbeleuchtung entsprechend zu verbessern. Schliesslich verweist der Referent auf eine Post von 940 Millionen zum Bau einer Radio- Sendestation und bittet um Zustimmung zu dem Erfordernisse

G.R. Ellend (chr.soz.) vermisst im Budget nähere Angaben über die Verwendung der grossen Masse von Baustoffen und erklärt, es sei nicht richtig, dass das Bauprogramm nur aus den Erträgen der Wohnbausteuer durchgeführt werde, es würden dazu auch Steuergelder verwendet. Was das Mieteschutzgesetz betrifft, so sei seine Partei keineswegs für dessen Aufhebung, da dies, so lange nicht Angebot und Nachfrage sich die Wage halten geradezu undenkbar sei. Redner gibt die Anregung, dass die Gemeindeverwaltung zur Durchführung ihrer grossen Investitionen an die Aufnahme von Darlehen schreitet, durch Geldzufluss aus dem Auslande würde der hohe Bankzinsfuss herabgesetzt und die Arbeitslosigkeit gelindert werden. Redner beanständet schliesslich, dass bei den Instandhaltungsarbeiten der Strassen bei der Umlegung von Geleiseanlagen und ähnlichen Arbeiten nicht der Tramwayverkehr auf kleinen Teilstrecken unterbrochen werde, um so die Arbeiten in kürzerer Zeit fertigzustellen. Dies würde den Geschäftsleuten in solchen Strassen sehr zugute kommen.

G.R. Paulitschke (chr.soz.) glaubt konstatieren zu können, dass absichtlich höhere Ausgaben in das Budget eingesetzt werden um so zu einem Defizit zu gelangen. So sei die Makadamisierung von Strassen sowohl im Voranschlag 1924 wie in dem des Jahres 1925 eingesetzt. Die Regulierung des inneren Mariahilfergürtels sei eine unaufrichtbare Notwendigkeit. Redner beanständet, dass die Voranschläge der Bezirksvertretungen im Rathause keine Beachtung finden, zum Beispiel bezüglich der Pflasterung von Strassen im VI. Bezirk mit Holzstückerpflaster.

Redner bezeichnet die Gebühren welche für den Wassermehrverbrauch eingehoben werden als zu hoch und bezeichnet es insbesondere als eine Ungerechtigkeit, dass die verschiedenen Humanitätsanstalten, Horte, Schulen, Spitäler, Ambulatorien zur Entrichtung solcher Gebühren verhalten werden, obgleich es notorisch sei, dass in solchen Instituten viel Wasser verbraucht werden müsse. Das Gesetz hierüber leide an einem Mangel, es möge eine Zwischenstufe eingesetzt werden.

Während dieser Ausführungen ruft ein Besucher der Galerie der in der ersten Reihe sitzt, unter lebhaften Gebärden unverständliche Bemerkungen in den Saal. Die Opposition protestiert lebhaft gegen diese Einmischung und der Vorsitzende Gemeinderat Weigel sagt: Ich mache den Herrn aufmerksam, dass die Galerie in die Verhandlungen nicht eingreifen darf, wenn das noch einmal geschieht, müsste ich Sie aus dem Saal entfernen lassen.

G.R. Paulitschke bringt dann noch verschiedene Bezirkswünsche vor und beklagt es, dass die Vorschläge der Bezirksvertretungen bei den entscheidenden Stadträten keine Beachtung finden.

G.R. Merbaul (chr.soz.) bezeichnet die Summe von 20 Millionen die für die Erhaltung der unter der Patronat der Gemeinde stehenden Kirchen im Budget eingesetzt ist, als eine geradezu lächerliche Summe mit der sich nichts anfangen lasse. Die Gemeinde sei gesetzlich verpflichtet, für die Instandhaltung der Kirchen aufzukommen. Redner führt dann Beschwerde über die schlechte Strassenbeleuchtung in Matzleinsdorf.

G.R. Hiess (soz.dem.) sagt er fühle sich verpflichtet dem Stadtrat Siegel für seine Fürsorge, die er dem X. Bezirk angedeihen lasse, namentlich der werktätigen Bevölkerung öffentlich den Dank auszusprechen. Unter der früheren Verwaltung wurde Favoriten sehr stigmütterlich behandelt. Die sozialdemokratische Gemeindeverwaltung

trage nicht nur für die Herstellung der Strassen Sorge, sondern sie schaffe in diesem Bezirk der Elendsquartiere auch neue Wohnbauten und die Errichtung des grossen Bades, um das seit dreissig Jahren vergebens petitioniert wurde, trage endlich einem dringenden Bedürfnisse Rechnung. Auch die Strassenbeleuchtung wurde wesentlich verbessert. Er bittet den Stadtrat Siegel auch künftighin wie bisher den Bezirk Favoriten zu bedenken.

G.R. Hörmayr (chr.soz.) bemängelt den schlechten Zustand der Strassen im II. Bezirk und bittet eine Vergrösserung des räumlich ganz unzulänglichen Volksbades, des einzigen kommunalen Bades in der Leopoldstadt, nicht länger aufzuschieben. Auch eine Verbesserung der Strassenbeleuchtung wäre dringend von Nöten.

G.R. Ullreich (chr.soz.) spricht seine Verwunderung aus, dass sich in dem Budget eine Post „Errichtung einer RadioSendestation“ befinde und wünscht darüber Aufklärung. Zur Frage der Strassenreinigung übergehend verlangt Redner eine öftere Befahrung durch die Strassenkehrzüge und klagt über die Vernachlässigung von Ottakring hinsichtlich der Strassenpflasterung und Strassenmakadamisierung ebenso über die Vernachlässigung der Strassen und die zu geringe Beleuchtung im Liebhartstal. Der Redner schliesst mit Vorschlägen bezüglich der Strassensäuberung.

G.R. Untermüller (chr.soz.) findet, dass die Schneearbeit in Wien ungenügend ist und kritisiert die zu geringe Entlohnung der Schneearbeiter.

Bei dieser Bemerkung des Gemeinderates Untermüller ruft ein Galeriebesucher: „Und die Regierung lässt die Arbeitslosen verhungern!“ Die Christlichsozialen beschwerten sich beim Vorsitzenden über diese Unterbrechung, inzwischen hat der Galeriebesucher die Galerie bereits verlassen.

G.R. Untermüller meint weiter, dass in vielen Strassen für die Zuschusskredite zur Installierung der öffentlichen elektrischen Beleuchtung ausgewiesen sind, die Vorbereitungen dazu noch nicht einmal getroffen sind und bespricht dann den Zustand der öffentlichen Uhren.

Vorsitzender Schorsch unterbricht um 1 Uhr die Sitzung und beraumt die Wiederaufnahme der Sitzung für 4 Uhr an.

22/12

V

Herausgeber u. verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

Wien, am Montag, den 22. Dezember 1924. Zweite Ausgabe

Wiener Landtag. Am Dienstag, um vier Uhr nachmittags findet eine Sitzung des Wiener Gemeinderats als Landtag statt. Zur Beratung kommen die Gesetze über die Hundesteuer, Grundsteuer und das Gesetz über die Lehrerpensionisten. Nach Beendigung der Sitzung wird der Gemeinderat die Verhandlungen über das Budget fortsetzen.

Zunahme der Hausgehilfinnen in Wien. Durch die von der Gemeinde eingehobene Hauspersonalabgabe ist es möglich, sich über die Zahl der männlichen und weiblichen Hausgehilfen ein Bild zu machen. Freilich ist dieses Bild etwas unvollständig, da von der Steuerpflicht befreit jene Haushalte, die nur eine Hilfsperson haben, befreit sind. Erst jene Haushalte, die mehr als eine Hilfsperson beschäftigen, bilden den Gegenstand der Besteuerung und damit auch der Beobachtung. Am 13. Februar 1924 ist das Gesetz veräussert worden, das die Hauspersonalabgabe verzehnfacht. Es war indes noch Zeit, sich bis zum 29. Februar durch eine Verringerung des Hauspersonalstandes der erhöhten Steuer zu entziehen. Gewiss wurden auch diese vierzehn Tage dazu benützt, vor allem haben aber die Börsenkrise und der Zusammenbruch der Frankenspekulation, insbesondere Haushaltsführungen grossen und grösseren Stils so arg in Mitleidenschaft gezogen, dass einschneidende Veränderungen erfolgten. Trotz alledem zeigt aber ein Vergleich zwischen dem 31. Dezember 1923 und dem 30. November 1924, ein durchaus erfreuliches Bild. Es ist nämlich entgegen der vielfach verbreiteten Meinung in der Gesamtzahl nicht nur keine Verminderung eingetreten, sondern ein ganz namhafter Zuwachs zu verzeichnen. Was sich ergeben hat, ist einerseits ein weiteres Zurücktreten des männlichen Hauspersonals gegenüber dem weiblichen, andererseits Sparmassnahmen in den grossen Haushalten, dafür aber ein sehr starkes Anwachsen jener Haushalte, in denen zwei weibliche Hilfspersonen gehalten werden. Am 31. Dezember 1923 wurden von 7.312 Haushalten die Hauspersonalabgabe für 17.503 Personen entrichtet. Es gehörten 802 Hausgehilfen dem männlichen und 16.701 dem weiblichen Geschlecht an. Der Stand am 30. November 1924 umfasst 7778 Haushalte mit 18.076 Hilfspersonen; davon 650 männliche und 17.426 weibliche. Die Zahl der männlichen Hilfskräfte ist also um 152 zurückgegangen. Diesem Rückgang des männlichen Hauspersonals steht aber ein weit grösseres Zunehmen der Hausgehilfinnen gegenüber. Seit Jahresbeginn ist eine Steigerung um 725 Personen zu verzeichnen. Am 31. Dezember 1923 gab es 5.419 Haushalte mit zwei Hausgehilfinnen, am 30. November 1924 hingegen 6.076. In dieser Gruppe gab es daher zu Beginn des Jahres 1924 genau 10.838 und elf Monate später trotz der erhöhten Steuer 12.152 Hausgehilfinnen. Die Höchstzahl des Personalstandes in einem einzelnen Haushalt am 31. Dezember 1923 war 47, davon waren 14 weibliche und 33 männliche Hausgehilfen. Der Höchststand am 30. November 1924 ist mit 30 Personen - 7 weiblichen und 23 männlichen - zu verzeichnen. Bemerkenswert ist, dass es nur elf Haushalte in Wien gibt, in denen lediglich männliches Personal gehalten wird und das weibliche Element vollkommen ausgeschaltet ist. Es sind dies acht Haushalte mit je zwei, zwei Haushalte mit je drei und ein Haushalt mit sogar sechs männlichen Hilfspersonen. Diese wenigen Ausnahmen bestätigen indes nur, dass in diesem Beruf die Frau den Wettbewerb des Mannes nicht zu fürchten hat.

Die Leichenfeier für Gemeinderat Anton David. Die Aufbahrung der Leiche des am Sonntag verstorbenen Gemeinderates Anton David erfolgt im grossen Saal des Arbeiterheimes in Ottakring. Besichtigung am Samstag von 8 Uhr früh bis 1 Uhr mittags. Die Leichenfeier findet um 2 Uhr nachmittags statt. Die Einäscherung erfolgt im Krematorium der Stadt Wien.

Weihnachtsspenden. Bürgermeister Seitz teilte im Gemeinderat mit, dass anlässlich des Weihnachtsfestes die Zentral-Europäische Länderbank und die niederösterreichische Bskomptegesellschaft je fünfzig Millionen Kronen gespendet haben. Ferner hat der unter dem Decknamen „Wilhelm“ wirkende Wohltäter für die armen Kinder der Schulen Allerheiligenplatz und Vortgartenstrasse 50 fünf und fünfzig Paar Schuhe und siebzig Schals gespendet. Der Gemeinderat sprach den Spenden den Dank aus.

Jubilare der Ehe. Am Samstag überbrachte in Vertretung des Bürgermeisters der amtsführende Stadtrat Speiser den Ehepaaren Albert und Cassie Freud, Schiffamtsgasse 8 und Thomas und Anna Soukup, Wurmsergasse 41 wohnhaft, die Ehrengabe der Stadt Wien anlässlich der goldenen Hochzeit.

Mehr als zwei Milliarden für die Kinderrettungswoche. In der heutigen Gemeinderatssitzung teilte Bürgermeister Seitz das Ergebnis der Sammlungen der Kinderrettungswoche mit. Der Sammelbetrag erreichte 2.142.359.320 Kronen. Davon kommen auf die Sammlungen in den Bezirken 1.900.129.080 Kronen, auf die Spenden der Zentraleuropäischen Länderbank und des Bankhauses S. M. Rothschild je fünfzig Millionen Kronen, auf eine Spende des Bankhauses Gebrüder Guttmann zehn Millionen Kronen und auf sonstige Spenden Kronen 132.230.240. An der Spitze der Bezirke steht die Landstrasse mit Kronen 155.987.500, an zweiter Stelle die Leopoldstadt mit 142.278.430 Kronen. Hervorgehoben muss werden, dass die Bezirke mit vorwiegend proletarischer Bevölkerung sich sehr rege an dieser Sammlung beteiligt haben. So verzeichnet Ottakring ein Ergebnis von 106.814.520 Kronen und in Hernalz wurden 86.159.360 Kronen erzielt. Dieses schöne Ergebnis ist vor allem den Bemühungen der Bezirksvorsteher, der Vorstände der Fürsorgeinstitute, den Fürsorgeräte ohne Unterschied der Parteirichtung, ferner der Elternvereinigungen und Schulleitungen zu danken. Der Gemeinderat sprach der Bevölkerung, die sich trotz der schweren Zeit in so aufopferungsvoller Weise um das Gelingen dieses Liebeswerkes für die Kinder bemüht hat und allen Helfern den herzlichsten Dank aus.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber u. verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

Wien, am Montag, den 22. Dezember 1924. Dritte Ausgabe

W I E N E R G E M E I N D E R A T

Sitzung vom 22. Dezember 1924

(Fortsetzung der Budgetdebatte)

Bürgermeister Seitz eröffnet die Sitzung um 4 Uhr nachmittags. Es wird sofort die Beratung der Gruppe für technische Angelegenheiten fortgesetzt.

G.R. Karasek (chr. soz.) bemerkt, mit dem Kapitel Strassenpflege und Strassenreinigung könnte man sich Stundenlang befassen, er wolle aber nur einiges besprechen. Er verweist dann auf den kommunalen Wohnhausbau in der Felix Mottlgasse, von dem behauptet wurde, dass er wundervoll sich gestalten werde, aber man sehe jetzt dass es ein riesen Hasenstall geworden ist. Um für einen kommunalen Wohnhausbau den Grund zu erlangen habe man in Döbling 11 Gärtner von ihrem Grund und Boden vertrieben. Was nütze es diesen Menschen, wenn man ihnen Ackerland in Kagran anweise. Unter allgemeiner Heiterkeit erklärt Redner: Was ein alter Döblingler ist, der geht aus dem Bezirk nicht heraus, selbst wenn er stirbt geht er nicht weg. Man soll den Leuten eine entsprechende Geldabfertigung geben und ihnen zu ermöglichen, dass sie in Döbling selbst eine andere Beschäftigung anfangen.

G.R. Ferencz (soz. dem.) betont, dass die Wiener Gemeindeverwaltung durch ihre Aufbautätigkeit auf allen Gebieten Arbeit und Verdienst den Leuten gebracht habe. Dadurch wurde nicht allein die Arbeitslosigkeit eingedämmt, sondern es wurden auch den Gewerbetreibenden Vorteile zugewendet. Unter Aufzählung der einzelnen Budgetposten zieht der Redner Vergleiche zwischen der sozialdemokratischen und christlichsozialen Verwaltung.

Die Opposition begleitet die kritischen Bemerkungen des Redners mit zahlreichen spöttischen Zwischenrufen und lautem Lachen. Gemeinderat Josef Müller ruft, auf die Galerieweisend: Sogar die Leute auf der Galerie lachen schon!

Bürgermeister Seitz (Das Glockenzeichen gebend): Ich bitte um Ruhe. Vor allem möchte ich bitten, die Galerie nicht vom Saale aus zu apostrophieren, denn wir dürften uns dann auch nicht beklagen, wenn die Galerie, die sich nicht in die Verhandlung einmengen soll, darauf erregt. (Zustimmung bei der Opposition)

G.R. Stöger (chr. soz.) beklagt die Vernachlässigung der Wiener Denkmäler und die Reklame die auf dem hölzernen Schutzhäusern die im Winter über die Denkmäler aufgestellt werden gemacht wird. Es wäre würdiger, wenn diese Holzkästen einfach aus dunkel gebeizten Brettern hergestellt würden und wenn man jede Reklame daran verbieten wollte. Redner findet es ferner für unrichtig, dass bei der Umgestaltung des Matzleinsdorfer Friedhofes in einen Park das Grab Haydns, in dem sich allerdings der berühmte Tote nicht mehr befindet, dem Erdboden gleichgemacht wurde und gibt der Vermutung Ausdruck, dass dies nur deshalb geschehen sei, weil Haydn der Autor der Volkshymne ist.

G.R. Altmayer (chr. soz.) vermisst im Budget die Angabe wieviel Gaslaternen in Wien gegenwärtig brennen. Nach seiner Ansicht seien es weniger als 14.000, also weniger als im Frieden. Redner beschwert sich auch, dass viele Laternen für Reklamzwecke vermietet werden und wünscht, dass die vielen Kioske die jetzt errichtet werden nach einen einheitlichen Typus gebaut werden um das Stadtbild nicht zu verschandeln. Zum Schluss bringt der Redner eine Anzahl von Wünschen der Landstrasser Bezirksvertretung vor.

G.R. Dirisamer (chr. soz.) findet das Personal für die Strassensäuberung nicht genügend. Besonders die Säuberung der Nebenstrassen lässt viel zu wünschen übrig. Redner bespricht dann die Frage der Gehsteigreinigung, die vielfach von Frauen werde durchgeführt werden müssen, da die Hausbesorger zumeist ihren Beruf nur im Nebenamt führen können. Es sei im Personal der Strassensäuberung wegen der Einführung der Kehrmaschinen ein Abbau vorgenommen worden. Die Gemeindeverwaltung hätte Unrecht, die Zahl der Arbeitslosen zu vermehren.

Redner bezeichnet die Anzahl der Bedürfnisanstalten Wiens als zu gering, insbesondere im III. Bezirk bestehe daran ein Mangel. Die Gemeinde müsste auch hier entsprechende Forssorge treffen und sie sollte die Entlohnung der armen Reinigungsfrauen, die kaum mehr als 12.000 Kronen täglich verdienen aufbessern.

G.R. Erban (chr. soz.) wünscht Aufklärung wie so trotz der Verringerung des Pferdestandes eine Erhöhung der Kosten für Erhaltung um nahezu fünfzig Prozent veranschlagt sei. Mit dem Pflasterungsprogramm könnte man zufrieden sein, doch müsste es wirklich durchgeführt werden und nicht wie in den Jahren 1923 und 1924 übermäßig lange Verzögerungen erleiden. Bei der Besprechung des Kanalisationswesens teilt Redner mit, dass heute im Ausschuss eine Erhöhung der Kanalräumergebühren beschlossen worden sei. Eine artige Weihnachtsüberraschung für die Bevölkerung, der der Finanzreferent Breitner erst kürzlich versprochen hat, dass im kommenden Jahre die Steuern und Abgaben keine Erhöhung erfahren werden. Die Christlichsozialen können für dieses Budget nicht stimmen, weil sie der Bevölkerung zwar das Versprochene Meer von Licht in der Sylvesternacht gönnen, aber verlangen, dass mehr Licht in der ganzen Gemeindeverwaltung erstrahlen soll.

Std. R. Siegel antwortet in läggerer Rede auf die Ausführungen der Vorredner. Gegenüber der Behauptung des Gemeinderates Paulitschke, dass die Gemeinde deshalb ein Pflasterungsprogramm vorgelegt habe um ein Defizit künstlich zu erzeugen sei angeführt, dass die im Budget vorgesehene Summe für Pflasterung im laufenden Jahre 100 Milliarden ausmache und dass im Laufe der Zeit noch Zuschusskredite von 38 Milliarden vorgelegt worden sind. Die Regulierung des inneren Mariahilfergürtels ist durch den Unstand verzögert worden und wird durch ihn deshalb auch weiterhin noch lange verzögert werden, weil es sich dabei um eine ganze Reihe von Grundeinlösungsfragen dreht. Bezüglich der Gehsteige kann gesagt werden, dass im Laufe der letzten zwei Jahre eine grosse Anzahl von Gehsteigehargen errichtet wurde. Die Hausbesitzer die den Gehsteig noch nicht übergeben haben wurden aufgefordert, ihn schleunigst in Stand zu setzen ein grosser Teil hat der Aufforderung

entsprochen und bei denen die dies nicht getan haben wird mit aller Energie darauf gedrängt werden. Der Vorwurf, dass die Gemeinde in der Wasserversorgung allzu fiscalistisch vorgehe wird durch folgende Ziffern entkräftet. Die Gemeinde Wien hat für das Jahr 1925 aus dem Kapitel der Wasserversorgung einen Ueberschuss von 277 Millionen eingesetzt, das sind 3 Promille der Ausgaben. Im Jahre 1913 hat die Gemeinde nach den heutigen Geldverhältnissen 184 Milliarden (Hört! hört!) im Jahre 1912 hat sie 171 Milliarden und im Jahre 1911 hat sie 153 Milliarden Reingewinn aus der Wasserversorgung Wiens gezogen (Hört! hört!) Wo ist da der Fiscalismus? Bei den 277 Millionen oder bei den fast ebenso vielen Milliarden vor dem Kriege? Auch dem Vorwurfe, dass die Auslagen gerade auf dem Gebiete der Wasserversorgung so enorm gestiegen sind können Ziffern entgegengehalten werden. Nach dem Budget der Jahre 1910 bis 1914/15 hat die Gemeinde nach den heutigen Geldverhältnissen 86 800 Millionen ausgegeben. Wir haben heute 90.000 Millionen Ausgaben.

Die frühere Gemeindeverwaltung hat in der Vorkriegszeit 25 Liter pro Kopf und Tag zu einem Preise von 16 bis 17 Heller pro M^3 abgegeben. Für den Wassermehrverbrauch galten 20 Heller, was valorisiert 2.900 Kronen ausmacht. Die gegenwärtige Gemeindeverwaltung gibt zunächst 35 Liter pro Kopf und Tag an die Bevölkerung unentgeltlich ab und erst das was darüber hinaus geht bezeichnen wir als Wassermehrverbrauch und verlaggen dafür 1.500 Kronen. Dabei haben wir noch den sogenannten Wasserbezug, das heist die Wasserversorgung verschiedener Gewerbe und Betriebe, die mit einem besonderen Wassermesser an das Hauptrohr der Gemeinde angeschlossen sind und die je nach der Höhe des Quantums 200 bis 500 Kronen zu bezahlen haben. Da ein M^3 Wasser nach den heutigen Verhältnissen die Gemeinde genau 1000 Kronen kostet, so erhalten diese Gewerbe die im Genusse des sogenannten Wasserbezuges sind, eigentlich eine nicht sichtbare Subvention aus Gemeindemitteln (Sehr richtig). Was nun den Wassermehrverbrauch betrifft, so habe ich ihn schon öfters als Wasserverschwendung bezeichnet und wir haben mit Apparaten die diesbezüglichen Verhältnisse, zunächst in zwei Bezirken, im I. und im XII. untersucht. Untersuchungen in den anderen Bezirken werden folgen. Im I. Bezirk sind 1.639 Häuser untersucht worden und wir konnten feststellen; dass bei 13.5 Prozent bezüglich der Wasserinstallationen die Verhältnisse in Ordnung befunden wurden während in 86.5 Prozent der Häuser diese Verhältnisse in Unordnung waren. Im XII. Bezirk sind 223 Häuser stichprobenweise untersucht worden und die Hälfte wurde in Ordnung die andere Hälfte in Unordnung befunden. Im proletarischen Bezirk ist also der Wassermehrverbrauch unbedeutend in der inneren Stadt ist er ein ausserordentlich hoher. Durch die folgenden Untersuchungen werden wir beweisen, was wir bisher nur gefühlspässig gewusst haben, dass von den Bezirken mit proletarischer Bevölkerung der Wasserverbrauch über die unentgeltlichen 35 Liter nicht hinaus geht weil alle Einrichtungen fehlen. Wenn es nun manche Häuser gibt, was tatsächlich der Fall ist, die nicht einmal dazu kommen die zugestandenen 35 Liter zu konsumieren, so sehe ich nicht ein warum die anderen Häuser die dieses Wasser verbrauchen nicht wenigstens zahlen sollen. Die Gemeinde muss mit ihrem Wasser Haushalten. Im Jahre 1900 gab es pro Kopf und Tag in Wien einen Wasserverbrauch von 80 Litern und im Jahre 1924 pro Kopf und Tag einen Verbrauch von einem Maximum von 139 Litern also

das Doppelte. Wir haben bezüglich der Strassen von der früheren Verwaltung eine sehr schlechte Erbschaft übernommen. Wir haben in Wien rund 1100 Kilometer Strassen und von diesen sind rund 600 Kilometer Makadamstrassen. Diese halten leider den Schmutz fest und sind staubig. Die Gemeindeverwaltung bemüht sich, diesen Uebel-

ständen nach Möglichkeit abzuwehren, zum Beispiel durch die Oelung und es wurden im laufenden Jahre Oelungen in einem Ausmasse von einer Million Quadratmeter vorgenommen, im kommenden Jahre werden es anderthalb Millionen Quadratmeter sein. Dabei bemühen wir uns auch an die Stelle der staubigen Makadamstrassen eine andere Pflasterungsgattung zu setzen. Was die Beleuchtung anlangt, so gab es im Frieden 40.000 Gaslaternen in Wien. Im Jahre 1919 haben wir nur 19.000 übernommen. Gegenwärtig haben wir wieder 28.000 Laternen in Funktion gesetzt und werden im Laufe des Jahres wenn wir die elektrische Beleuchtung eingeschaltet haben weitere 3000 Laternen installieren. Ueberdies haben wir an Stelle der früheren Sparbrenner die wir auch als Kriegserbe übernehmen mussten, die alten normalen Auerstrümpfe hingesetzt, so dass der Licht effekt bedeutend besser ist. Bezüglich des Heldendenkmales kann gesagt werden, dass schon in der nächsten Zeit die kompetenten Ausschüsse sich damit befassen werden auf dem Zentralfriedhof ein würdiges künstlerisches Denkmal für die Gefallenen des Weltkrieges zu errichten. Was die Beanständung der Post „Errichtung einer Sendestation“ betrifft, so hat die Gemeinde keineswegs die Absicht der Rawag Konkurrenz zu machen. Aber die Sendestation ist für dienstliche Zwecke, für das Gebiet der Feuerwehr für die lange Strecke der Wasserleitung sehr notwendig. Die Löhne für die Schneearbeiter von denen in der Debatte gesprochen wurde, werden bedeutend erhöht werden. Auch da können wir wieder Vergleiche zwischen Einst und Jetzt vornehmen. Der Schneearbeiterlohn betrug im Jahre 1913 bei einer zehnstündigen Arbeitszeit 2 Kronen 40 Heller im Tage. Wenn wir dies umrechnen und in Betracht ziehen, dass es nur mehr eine achtstündige Arbeitszeit gibt, so ist der heutige Lohn von 4.800 Kronen bei dem es übrigens nicht bleiben wird das zwanzigtausendfache des Friedenszinses und gewaltig übervalorisiert. Die Vorwürfe des Gemeinderates Stöger, dass das Grab Haydns auf dem Matzleinsdorfer Friedhof dem Erdboden gleichgemacht wurde, sind absolut unstichhaltig. Man musste auf das ursprüngliche Niveau des Haydngrabes zwei Meter Anschüttungen geben aber es ist selbstverständlich, dass das Haydngrab samt seinem Baumschmuck mit der notwendigen Pietät behandelt werden wird und in der neuen Parkanlage wird das Haydngrab samt den Stein ebenso wie die Gräber Schuberts und Beethovens in denen sie geruht haben würdig aufgerichtet werden. Wünsche nach Wannenbädern haben alle Bezirke, denn früher gab es mit Ausnahme von drei Bezirken in keinem ein städtisches Wannenbad. Wir haben ein solches bereits im XVI. und XII. errichtet und werden damit auch weiter fortfahren. Aber für die Badegelegenheit ist dadurch gesorgt, dass wir in allen unseren Zinshäusern solche Wannenbäder hineinbauen, die den Bewohnern der Häuser zur Verfügung stehen. Die Kanalräumegebühren waren seit dem Jahre 1923 vollkommen unverändert. Dies war nur Dank dem Umstande möglich, dass durch die Uebernahme in den städtischen Betrieb eine Reihe von Neuerungen eingeführt und das verwendete Material besser rationiert werden konnte. Nun ist es nicht mehr möglich die alten Gebühren aufrecht zu erhalten und sie werden vom zwanzigfachen auf das fünfundzwanzigfache des Friedenszinses erhöht. Es wurde verlangt, dass den Schulen Kinderfreikarten für die Bäder gegeben werden. Vor dem Kriege sind 300.000 Freikarten für Schüler ausgegeben worden, die gegenwärtige Gemeindeverwaltung gibt diese 300.000 Schülerfreikarten dazu aber noch 430.000 Freikarten mit denen die Kinder besonders im Sommer Gelegenheit zum Baden erhalten. Der Redner schloss mit der Versicherung, dass die Mittel die der Gemeindeverwaltung durch die Steuern zur Verfügung gestellt werden in nutzbringender Weise angelegt werden. (Lebhafter Beifall).

Es werden nun die Voranschläge der Verwaltungsgruppen für Wohlfahrtspflege und für technische Angelegenheiten mit den Stimmen der Mehrheit angenommen.
Zur Verhandlung gelangt der Voranschlag der Verwaltungsgruppe für

Ernährungs- und Wirtschaftsangelegenheiten.

Den einleitenden Bericht erstattet amtsführender Stadtrat
Kokrdá: Seit dem Jahre 1921

musste die Gemeindeverwaltung ziemlich namhafte Beträge aufwenden um die Schäden der Kriegs- und Nachkriegszeit allmählich zu beheben. Mit Freudeseizu konstatieren, dass sowohl der Zentralviehmarkt als auch das Schlachthaus St. Marx durch die inzwischen erfolgten Investitionen soweit hergestellt sind, dass nicht nur die Schäden als behoben bezeichnet werden können, sondern dass besonders das Rinderschlachthaus zu einem modernen Betrieb ausgestaltet werden konnte. Auf dem Gebiete des Marktwesens liegen die Verhältnisse weniger günstig. Der Naschmarkt ist schon durch seine abnorme Lage, seine ungeheure Länge, hauptsächlich aber durch das Fehlen eines Standplatzes für die Fuhrwerke völlig unweckmässig und er wird unmöglich dauernd als Gemüse- und Obstmarkt Verwendung finden können. Man wird bei Zeiten mit der Tatsache rechnen müssen, den Naschmarkt auf einen anderen entsprechenden Platz zu verlegen. (Gemeinderat Körber: Wohin?) Das kann ich heute noch nicht sagen. Daran wird noch in den zuständigen magistratischen Stellen gearbeitet, der Platz ist noch nicht in Aussicht genommen. Ebenso unzulänglich hat sich die Grossmarkthalle für den Fleischhandel erwiesen. Auch diese Anlage ist infolge der Entwicklung der Verhältnisse nach und nach zu klein geworden, sie dient heute auch weniger dem Grossverschleiss als dem Kleinhandel, was zur Folge hat, dass sich die Konsumenten in dichter Menge zusammendrängen, wodurch der Verkehr geradezu bedrohlich geworden ist. Auch hier muss Wandel geschaffen werden, wie kann man heute noch nicht sagen. Die Verhältnisse auf dem Naschmarkt und in der Grossmarkthalle drängen nach einer Regelung. Durch die starke Beschickung des Schweinemarktes ist auch unser Schweineschlachthaus räumlich zu klein geworden, eine Erweiterung unerlässlich. Der entsprechende Platz hierfür ist bereits reserviert. Schliesslich wäre noch zu bemerken, dass die im Jahre 1922 fertiggestellte Kontumazanlage einer eigenen Kühlanlage entbehrt, was sich besonders unangenehm bemerkbar macht. Wir sind heuer infolge des Zusammenbruches der Depositenbank mit der Vieh- und Fleischmarktkassa in eine sehr unangenehme Situation geraten. Die Depositenbank hat im Vorjahre vom Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft die Vieh- und Fleischmarktkassa als Geschäftsführerin dieses Zweiges auf acht Jahre zugewiesen erhalten und der Gemeinderat hat ihr die Räume auf etliche Jahre zur Verfügung gestellt. Nach dem Zusammenbruch der Bank hat das Ministerium im Einvernehmen mit der Gemeindeverwaltung Massnahmen getroffen, damit in den Geschäften keine Unterbrechung eintrete und an die Stelle der Depositenbank ist das Kreditinstitut für öffentliche Unternehmungen eingetreten, wobei die Bauernbank und die Zentralbank der deutschen Sparkassen mitwirken. Demnächst soll eine definitive Regelung dieser Frage erfolgen.

Was die Belieferung der Märkte anlangt ist zu konstatieren dass sie eine aufsteigende Entwicklung zeigt, mit Ausnahme der Rinderlieferungen die gegen die beiden Vorjahre einen leichten Ausfall aufweisen. Hingegen ist der Auftrieb auf dem Schweinemarkt in erfreulichem Masse gewachsen. Er betrug in den ersten elf Monaten dieses Jahres über 400.000 Stück gegen 234.000 im Jahre 1923. Ebenso ist die Belieferung der Grossmarkthalle mit Fleisch wesentlich besser hauptsächlich beim Kalbfleisch zeigt sich eine starke Aufwärtsbewegung

Auch der Konsum an Gefrierfleisch hat stark zugenommen, er ist so namhaft wie noch niemals in dieser Stadt und betrug bisher über 4 Millionen Kilogramm, während der Konsum an frischem Fleisch 37.1 Millionen ausmachte. Also ungefähr ein neuntel des gesamten Fleischkonsums wird mit Gefrierfleisch gedeckt. Der Referent bittet den Positionen die Zustimmung zu geben.

G.R. Angermeyer (chr. soz.) bemerkt, die Nettoausgaben von 614.6 Millionen liessen erwarten, dass wirklich grosszügige Ernährungs- und Preispolitik getrieben werde. Bei der genauen Durchsicht der Rubriken, gelange man aber zu einer gegenteiligen Anschauung. Unter den 20 Rubriken haben 19 mit der eigentlichen Approvisionierung nichts zu tun. Eine Reihe von Ausgabeziffern sei offensichtlich zu hoch eingesetzt, auch finden sich Posten für Anschaffungen vor, die auf Jahrzehnte der Gemeinde dienlich sein werden und diese Investitionen sollen in einer Zeit der Wirtschaftskrise aus laufenden Einnahmen eines Jahres gedeckt werden, aus den Markt- und Schlachtgebühren. Diese Gebühren erscheinen gegen das Vorjahr mehr als verdoppelt. Die Sozialdemokraten scheuen sich nicht als die patentierten Teuerungs-Bekämpfer die doppelte valorisierte Gebühr einzustellen, das ist ein Vorgehen, welches mit ihren Versprechungen im direkten Gegensatz steht. Die Schlachtgebühren werden auch nicht nach dem Gewicht, sondern nach dem Preise berechnet. Wenn ein Viehwucherer die Preise hinauftreibt, dann hat die Gemeinde einen Mitgenuss davon, denn sie hebt auch eine entsprechend höhere Schlachtgebühr ein. Während Sie beim Getreide gleitende Zölle verlangten, sind Sie beim Fleisch die Nutzniesser der Vertenerung. Sie verlangen auch für Miets-, Pacht- und Platzzins das Sechsfache gegenüber den früheren Gebühren. Wo bleibt dader Mieterschutz, Ihre Berühmte Konsumentenpolitik? Auf diese Art sichern Sie sich natürlich höhere Einnahmen. Diese Gruppe bietet so recht einen anschaulichen Vergleich Ihrer Partei, als Opposition vor den Wahlen und jetzt als Majorität nach den Wahlen. Weil wir nicht mitgehen mit einer solchen Gewaltpolitik, werden wir auch für dieses Kapitel nicht stimmen.

G.R. Huber (chr. soz.) bemängelt es, dass die Gemeinde Wien an der von der Bundesregierung unternommenen Aktion gegen die Teuerung nicht teilnehme. Die Gemeinde müsste in ihrer eigenen Brotbäckerei versuchen zu ermitteln, wie hoch sich die Herstellung des Brotes stellt. Sie habe auch Gelegenheit zum Studium der Fleischversorgung Wiens und sollte einmal durch Probeschlachtungen unter Zuziehung von Fachleuten die Bestimmung der Fleischpreise versuchen, um herauszubekommen, ob die gegenwärtigen hohen Fleischpreise gerechtfertigt seien. Aber sie erhöhen selbst die Gebühren und verteuern dadurch das Fleisch.

Die Kanalräumungsgebühren im Jahre 1925. Im Jahre 1923 sind die Kanalräumungsgebühren unverändert geblieben und haben nach einem Beschlusse des Wiener Stadtsenates das zwanzigfache des Friedenszinses ausgemacht. Daran konnte trotz aller mittlerweile eingetretenen Preissteigerungen und Lohnerhöhungen nur aus dem Grunde festgehalten werden, weil die Erträgnisse auf den Kanalräumungsgebühren zufolge der Parifikation der Mietzänse eine Steigerung erfahren haben und die Kosten seit Uebernahme der Kanalräumung in den städtischen Betrieb, die am 1. Juli 1923 erfolgte durch verschiedene Vereinfachungen und Mechanisierungen herabgemindert worden sind. Da das Erfordernis für die Kanalräumung nach dem Verwaltungs-jahr fast 16 Milliarden Kronen ausmacht, müsste an eine Erhöhung der Kanalräumungsgebühren geschritten werden. Deshalb hat der Stadtsenat beschlossen vom 1. Jänner 1925 ab, die Kanalräumungsgebühren auf das fünfundsanzigfache des Friedensmietzinses zu erhöhen.

G.R. Ryter (chr. soz.): Dann ist die Sanierung schuld, dass alles teurer wird!

G.R. Huber: Sie haben im Nationalrat für Mehl und Getreide die gleitenden Zölle verlangt. Es wäre zu erwägen, ob man nicht die verschiedenen Markt- und Schlachtgebühren, die sich jetzt nach den jeweiligen Preisen richten, ebenfalls gleitend machen sollte. Auch das Mieterschutzgesetz muss da erwähnt werden. Sie sagen immer, dass die Hausbesitzer den sechstausendfachen Friedenszins wollen. Was tun aber Sie? Die Leute, die früher 1200 Goldkronen Pachtzins zahlten, müssen jetzt 3400 Goldkronen zahlen!

G.R. Jenschik (Sozialdemokrat): Die Leute haben früher zu wenig gezahlt!

G.R. Huber: Sie verlangen auch Baukostenbeiträge für die Geschäftskokale in den Gemeindegäusern, die bei den zehntausend Wohnungen, die Sie im Jahre 1925 bauen wollen, allein mehr als zwanzig Milliarden Kronen ausmachen werden. Sie bauen wohl Wohnungen, aber wer eine Wohnung will, der muss für die Jalousien, für das elektrische Licht zahlen.

G.R. Bermann (Sozialdemokrat): Keinen Heller zahlt er dafür!

G.R. Huber: Es ist auch nicht unbescheiden, wenn ein Gemeinderat wissen will, wie eigentlich die Mietzinse in den Gemeindegäusern berechnet werden und ich empfinde es als eine Schande für die Verwaltung, dass man das den gewählten Mitgliedern nicht sagt. Ueber die Höhe der Mietzinse sollten die Sozialdemokraten lieber nichts reden, sonst werden wir einmal ein Flugblatt herausgeben. (Beifall)

G.R. Körber (chr. soz.): Der seinerzeitige Approvisionierungsausschuss hat viel mehr und weit besser gearbeitet, als der gegenwärtige Gemeinderatsausschuss, der nur eine Maschine zur Festsetzung der Gebühren ist. So ist bei den Platzzinsen bereits eine Valorisierung von 224 Prozent eingetreten. In der Grossmarkthalle erfährt man immer wieder, dass die dortigen Fleischhauer durch die Gebühren aufgerieben werden. Aber diese Gebühren scheinen Ihnen noch zu niedrig zu sein, da bereits davon gesprochen wird, dass die Gemeinde von den Fleischhauern eine Nahrungs- und Genussmittelabgabe einheben will. Wenn dies zuträfe, dann werden diese Gewerbetreibenden hart getroffen, da noch nie so viele Konkurse angemeldet worden sind, als jetzt. Sie sollten alles tun, dass das Fleisch billiger wird und dasselbe gilt auch für das Brot. Im Jahre 1907 heben Sie immer die Errichtung von städtischen Brotfabriken verlangt. Wie schaut es heute damit aus? Die Gemeinde hat im Krieg die Vonwillermühle zum grossen Teil erworben und später ist auch ein Teil der Kronenbrotwerke dazugekommen. Insgesamt war die Gemeinde mit 51 Prozent an diesen Unternehmungen beteiligt. Heute ist die Beteiligung der Gemeinde auf sieben Prozent gesunken. Sie haben auch eine eigene Bäckerei, die 15 Leute beschäftigt. Im Voranschlag sind da Zahlen angeführt, die einfach unverständlich sind. So ist für die Heizung eines Ofens ein Betrag von 1.2 Millionen angeführt, während jeder Fachmann weiss, dass man mindestens 22 Millionen Kronen braucht. Dagegen sind wieder die Transportspesen mit dem ungeheuren Betrag von 564 Millionen Kronen eingesetzt. Wir haben schliesslich auch ein Recht zu wissen, was dort erzeugt wird, wieviel Mehl verbraucht wird, wie hoch die Erzeugungskosten sind und ob es sich wirklich um eine Spezialbäckerei handelt. Die Gemeinde ist auch an der Ankerbrotfabrik beteiligt. Wir haben aber noch nie gehört, dass die Gemeinde etwas dagegen unternommen hätte, dass dieser Betrieb einen Kampf gegen die Verbilligung des Brotes führt und dafür Milliarden für Inserat im Neuen Wiener Tagblatt ausgibt. Die kleinen Bäcker sind heute billiger als die grossen Brotfabriken. Die Ankerbrotwerke wollen auch wieder die Nachtarbeit einführen und es muss in den Reihen der sozialdemokratischen Arbeiter schon

sehr düster aussehen, dass sie sich das bieten lassen. Schliesslich möchte ich noch an den Referenten die Frage richten, ob wirklich die Kommission, die die Weine für den Rathauskeller kauft, nur niederösterreichische Marken anschafft, wie dies vorgeschrieben ist, da der Rathauskeller unter Ihrer Herrschaft stark gelitten hat.

G.R. Anna Strobl (chr. soz.): In dieser Gruppe sind auch die Sacherfordernisse für den Schulbetrieb enthalten. Wie schaut es mit den Lern- und Lehrmitteln in unseren Schulen aus? Sie haben gar nichts getan, um die Bildwerke zu verbessern, wir haben noch immer die Schulbänke mit den schiefen Pulten, so dass die Lernmittel herunterrutschen. Sie überlassen auch vieles, was Aufgabe der Gemeinde wäre, den Elternräten. Da das Werkpauschale nur tausend Kronen vierteljährlich beträgt, werden Sie wohl nicht glauben, dass man damit etwas leisten kann. Wie schaut es mit den Büchern aus? Ein grosser Teil der Klassenlektüre wurde erst im Laufe des Schuljahres geliefert und viele Sachen sind so schlecht, dass sie gar nicht zu gebrauchen sind.

G.R. Witzmann (Sozialdemokrat): Es ist unverständlich, wenn die Minderheit immer wieder verlangt, dass die Gemeinde die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln durchführen soll. Auf der einen Seite wettern Sie dagegen, dass die Gemeinde kommunalisiert und schreien, dass dadurch das bodenständige Gewerbe zugrunde gerichtet wird, und auf der anderen Seite verlangen Sie, dass die Gemeinde die Approvisionierung übernehmen soll. Sie sind auch die Verfechter der freien Wirtschaft und wenn Sie es damit ernst meinen, dann ist ihr Geschrei nach der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln durch die Gemeinde doppelt unverständlich. Von den Pachtverträgen sollten Sie lieber nicht reden. Wir könnten Ihnen viele Akten vorlegen, aus denen zu ersehen ist, dass unter Ihrer glorreichen Verwaltung man sehr reichen Leuten einfach durch billige Pachtzinse ein bedeutendes Geschenk gemacht hat. Diese schlechte Verwaltung des Gemeindegutes haben wir beseitigt und mit Ihren vielen Bevorzugungen aufgeräumt. Wenn sie uns daraus einen Vorwurf machen, dann nehmen wir ihn in dem Bewusstsein treu erfüllter Pflicht entgegen. Ich will auch nicht näher die Art, wie unter Ihrer Verwaltung die städtischen Lieferungen vergeben worden sind, beleuchten. Haben Sie sich jemals darum gekümmert, dass die städtischen Kontrahenten die gewerkschaftlichen Verträge einhalten, den Arbeitern den kollektivvertragsmässig festgesetzten Lohn zahlen? Wir haben das alles nachgeprüft und gefunden, dass Sie sich um diese wichtigen sozialen Fragen gar nicht bekümmert haben. Sie mögen darüber mörgeln, dass in einer Schule ein Bleistift nicht in Ordnung ist, aber sie kommen darüber nicht hinweg, dass wir mit der Zurücksetzung der armen Kinder bei der Ausgabe der Armenlernmittel, wie Sie das bezeichnet haben, aufgeräumt haben und allen Kindern, ohne Unterschied ob ihre Eltern vermögend sind oder mittellos, die Lehrmittel umsonst geben. Bei den Reichen bringen wir diese Ausgaben schon durch unser Steuersystem herein. Sie brauchen nur die wirklichen Stimmen der Bevölkerung über unsere Schulverwaltung hier widergeben und man wird daraus ersehen, dass wir auf dem rechten Weg sind. (Beifall)

G. R. Josef Müller (chr. soz.) ist im Gegensatz zum Vorredner der Ansicht, dass die Gemeinde die Pflicht habe, für die Approvisionierung der Bevölkerung Wiens zu sorgen. Redner bedauert, dass die Lehrmittel unterschiedslos den Kindern armer und reicher Eltern gegeben werden und dass die Gemeinde beim Ankauf von Grund und Liegenschaften oft die Not der Verkäufer ausnütze. Er führt Beschwerde über die zu strengen Strafen auf einzelnen Märkten, die gegen Gewerbetreibende verhängt werden und befürwortet schliesslich die Verlegung des Rudolfshamer Marktes auf einen anderen Platz.

Vizebürgermeister Hoss wünscht eine unparteiliche Erörterung der Teuerungsforderung und bespricht die Verhältnisse auf dem Nachmarkt ^{und besonders in} der Grossmarkthalle, die noch einmal zu einer Katastrophenführung können. Er spricht die Hoffnung aus, dass sich die Mehrheit noch zu wirtschaftlichem Denken durchringen werde. Besonders wichtig erscheint dem Redner die Frage der Zinsen in den aus den Erträgen der Wohnbausteuer gebauten Wohnhausbauten der Gemeinde. Hier müsse die Feststellung der Zinsen nicht von einer Magistratsabteilung oder dem Amtsrat, sondern von dem Ausschuss erfolgen. Dies sei um so notwendiger, als die zuerst gebauten Häuser bald reparaturbedürftig sein werden und es nicht angehe, dass die Parteien die Reparaturkosten bezahlen. Zum Schluss bespricht Redner die Lernmittel der Gemeinde, die von schlechter Qualität und ungenügend seien. Er verlangt, dass dem Ausschuss Proben der verwendeten Lernmittel gezeigt werden.

StR. Kokrda sagt in seinem Schlusswort: Je nach Auswahl der Lernmittel wird durch die zuständigen Arbeitsgemeinschaften der Lehrer verfügt und der Stadtschulrat macht davon dem Wirtschaftsamt Mitteilung, welches die Aufträge einfach auszuführen hat. Wenn behauptet wird, dass in den Schulen viel Lernmittel fehlen, will ich dazu einige Ziffern bekanntgeben. Im Jahre 1913 gab es in den Volks- und Bürgerschulen 240-309 Kinder, im Jahre 1924 waren es 138.004. Nun hat die Gemeinde 1913 für Erhaltung, Beheizung, Personal und Lernmittel den Betrag von 515,3 Millionen aufgewendet, für das kommende Jahr sind 557,3 Millionen veranschlagt. Wenn ich die Zahl der Kinder berücksichtigt, die gegen 1913 um 43 Prozent geringer ist, so ergibt sich, dass damals auf jedes Kind jährlich ein Betrag von 2,4 Papierkronen entfiel, während wir jetzt für jedes Kind 4,16 Millionen ausgeben wie die Beschwerden der Frau Gemeinderätin Strobl den Ziffern gegenüber aussehen, überlasse ich ruhig Ihrer Beurteilung.

GR. Kunschak: Ihr Schulrath lebt ja nur von der Kindersterblichkeit!

StR. Kokrda: Die Schilderungen des Herrn VB. Hoss über die Zustände in der Grossmarkthalle sind zutreffend, aber nicht nur er sondern auch der frühere Herr Bürgermeister Reumann und andere Gemeinderäte haben wiederholt auf die Unhaltbarkeit der Zustände hingewiesen. Die Krankheit der Grossmarkthalle besteht darin, dass sie so heisst, aber eine Kleinmarkthalle ist. Diesen Uebel kann man nur beikommen, wenn man entweder den Kleinhandel ganz eliminiert oder ihn dort belässt und eine neue Grossmarkthalle errichtet. Wenn Herr VB. Hoss sagte, dass der Ausschuss sich mit der Teuerung und ihrer Bekämpfung nicht befasse, möchte ich ihn ernstlich fragen, welche Massnahmen es sein könnten, die der Ausschuss beschliessen könnte, um der Teuerung zu steuern. Dasselbe ist dem Herrn GR. Müller zu sagen, die Genossenschaft der Fleischhauer müsste die Kompetenz unseres Ausschusses sich zu eigen machen. Wir werden dem ohneweiters bereit sein, die Preise herunterzuschliessen. Aber erst müssen die kompetenten Stellen sich unserer Kompetenz unterwerfen. Bezüglich der Mietzinsen in den städtischen Häusern ist nach der Verfassung der Gemeinde Wien der Magistrat zuständig, aber ich verspreche ohneweiters, über die Zinsbestimmung in einer der nächsten Ausschusssitzungen Bericht erstatten zu lassen, um die Opposition darüber zu informieren. Der Einladung des Herrn GR. Körber, bei den Ankerbrotwerken zu intervenieren

hier kann ich leider keine Folge leisten, weil die Gemeinde auf diesen Betrieb gar keinen Einfluss hat, dasselbe ist bei der Vorwiltlermühle der Fall.

Redner ^{weist} auf die Verbilligung des Fleisches durch die Fleischbänke A.G. und kommt dann auf die Vermietung der Geschäftslokale und Werkstätten in den Gemeindehäusern zu sprechen. Es ist richtig, dass für diese ein Baukostenbeitrag eingehoben wird, aber er ist nicht sofort zu zahlen, sondern wird auf zehn Jahre aufgeteilt und bezweckt, die Baukosten, die für den Bau von Wohnungen bedingt, nicht in übermässige Errichtung von Werkstätten zu schmelzen. Für Wohnungen wird kein wie immer gearteter Zuschlag eingehoben. Der Betrag von 4545 Millionen, der für die Erhaltung von Häusern präliminert ist, ist keine Ausgabe der Gemeinde, sondern wird auf die Parteien überwält, die ihn im Laufe einiger Jahre zurückzahlen. Es wurde auch von den Marktgebühren gesprochen. Im Jahre 1914 betragen die verschiedenen Gebühren auf den Märkten einschliesslich des dreissigprozentigen Zuschlages auf die Verzehrsteuer zusammen bei einem Rind in geschlachtetem Zustand von 250 Kilogramm für ein Kilo 3,6 Goldkronen, also heute 483,84 Papierkronen. Gegenwärtig betragen alle Gebühren zusammen 81.830 Kronen für ein Stück Rindvieh von 250 Kilo - daher für ein Kilo 326,12 Kronen. (Hört!) Die Schweinegebühren betragen im Jahre 1914 zusammen 5,1 Goldkronen für ein Schwein mit mehr als hundert Kilo, also 73,440 Papierkronen. Heute machen diese Gebühren zusammen 43.000 Kronen aus. (Beifall)

Es fällt der gegenwärtigen Gemeindeverwaltung nicht ein, aus dem Marktkapitel irgend einen Ueberschuss herauszuholen, wir haben vielmehr seit dem Jahre 1921 ungeheure Beträge aus den öffentlichen Mitteln aufgewendet, um die Anlagen halbwegs gebrauchsfähig auszugestalten. Aber vor dem Kriege war es anders. Im Jahre 1910 hat das Marktwesen und alle Approvisionierungsanstalten zusammen

Nettoeinnahmen von 659.526K 99 ergeben also in heutigem Gelde 9 ½ Milliarden (Hört! hört!), im Jahre 1911 einen Ueberschuss von 153.587 K 38 h, in heutigem Gelde 2,2 Milliarden, im Jahre 1912 einen Ueberschuss von 529.272K 68 h, valorisiert 7,6 Milliarden, im Jahre 1913 einen Ueberschuss von 322.503 K 1 h, also 4,6 Papier Milliarden.

GR. Kunschak: Wir werden Ihnen zeigen, wie diese Ziffern zustande gekommen sind!

St. R. Kokrda schliesst, dass die Gemeindeverwaltung alles auf dem Gebiete der Approvisionierung getan, was möglich war zu erfüllen und damit hat sie für die Approvisionierung der Stadt viel geleistet.

Vorsitzender Weigl schliesst nunmehr um ½ 11 Uhr die Sitzung und beraumt die nächste Sitzung auf morgen 10 Uhr.

22
12

✓